A31 Neu Ä1, 2; 3-ModÜ

Antrag

Initiator*innen: Nadine Mai (KV Pinneberg)

Titel: **Bezahlbares Wohnen ist ein Menschenrecht**

Antragstext

Jeder Mensch braucht ein sicheres Dach über dem Kopf. Doch die Realität sieht anders aus: Nicht nur Menschen mit sehr geringem Einkommen haben es in den letzten Jahren zunehmend schwerer, eine bezahlbare und angemessene Wohnung zu finden.

Mit unseren konkreten Forderungen wollen wir dafür sorgen, dass Wohnen wieder bezahlbar wird. Junge Familien sollen die Möglichkeit haben, sich mit einem Eigenheim abzusichern – und das ohne zusätzliche Flächenversiegelung. Außerdem wollen wir deutlich mehr Wohnungen in landeseigenen, kommunalen oder gemeinnützigen Besitz bringen.

Wir unterstützen ausdrücklich die **„Neue Wohngemeinnützigkeit“**, die wir GRÜNE seit langem fordern und die auch von der Ampel-Koalition in der letzten Legislaturperiode vorangebracht wurde. Ziel ist es, durch steuerliche Anreize und Investitionszulagen gemeinnützige Wohnungsunternehmen in die Lage zu versetzen, dauerhaft bezahlbaren Wohnraum anzubieten. Damit soll der soziale Zusammenhalt gestärkt und mehr günstiger Wohnraum geschaffen werden.

Wir fordern unsere Grünen Fraktionen in Landtag und Bundestag auf, sich auch weiterhin entschlossen für Reformen und deutliche Verbesserungen im kommunalen Wohnungsbau einzusetzen – und die folgenden Maßnahmen voranzubringen:

1. **Gründung einer Landesentwicklungsgesellschaft für Wohnraum**

Wir fordern den Aufbau einer Landesentwicklungsgesellschaft, die im wesentlichen 2 Hauptaufgaben hat: 1. Die Beratung und Unterstützung der Kreise und Kommunen bei der Gründung von kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften.

2. Die Schaffung von landeseigenem Wohnraum mit einem Schwerpunkt auf besondere Bedarfsgruppen, u.a. Student*innen und Auszubildende, sowie Menschen, die es auf dem Wohnungsmarkt besonders schwer haben, wie z.B. Menschen mit Behinderung, Frauen aus Frauenhäusern, wohnungslosen Menschen oder anderen vulnerablen Gruppen.

1. **Stärkung der Kommunen und Landkreise als Träger von Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften**

Im kommunalen und landeseigenen Wohnungsbau können Dividenden gemeinnützig re-investiert werden, etwa in die Absicherung von Wohnungsnot im Alter, in neuen Wohnraum usw.. Neben der Gründung einer Landesentwicklungsgesellschaft zur Unterstützung des kommunalen Wohnungsbaus, bitten wir die Bundestagsfraktion daher, sich für praktische Verbesserungen, etwa längere Fristen im Baugesetzbuch beim Vorkaufsrecht einzusetzen, damit dieses tatsächlich in Anspruch genommen werden kann. Denn bis kommunale Entscheidungsprozesse initiiert, beraten und abgeschlossen werden können, braucht es Zeit. Zudem muss eine schnelle und unkomplizierte Bereitstellung von Investitionsmitteln gewährleistet sein, damit Kreise und Kommunen Vorkaufsrechte überhaupt ausüben können. Die Landtagsfraktion wird gebeten zu überprüfen, ob Kommunen bei der Gründung von kommunalen Wohungsbaugesellschaften, Genossenschaften oder deWahrnehmung von Vorkaufsrechten zu diesem Zweck z.B. einen Fond der IB-SH Mittel zur Verfügung gestellt bekommen können.

1. **Weiterer konsequenter Aufbau eines wachsenden Bestands an Sozialwohnungen**

Wir wollen den Bestand an Sozialwohnungen dauerhaft und bedarfsdeckend ausbauen. Schleswig-Holstein ist in den letzten Jahren trotz schwieriger Haushaltslage bei der sozialen Wohnraumförderung konsequent vorangegangen. Wir fordern den Bund auf, endlich die Dramatik der Lage auf dem Wohnungsmarkt anzuerkennen und deutlich mehr Fördermittel als bisher für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen und die Länder, in den Wohnungen knapp sind, stärker zu unterstützen. Hierfür muss die Schuldenbremse gelockert werden!

Bei der Vergabe der Fördermittel sollen die Antragstellenden bevorzugt werden, bei denen die Sozialbindung der Wohnungen mindestens 35 Jahre bestehen bleibt. Durch die gezielte Förderung von gemeinnützigen Wohngenossenschaften soll ein Bestand an dauerhaft günstigem Wohnraum aufgebaut werden. Zudem fordern wir die Landesregierung auf, für öffentliche Grundstücke Erbbaurechte und die Einführung eines Mietkauf-Programms zu prüfen.

1. **Wohnen als Altersversorge neu in den Blick nehmen**

Um die Altersvorsorge zu stärken, bitten wir die Bundestagsfraktion zu prüfen,

wie der kommunale Wohnungsbau als Instrument der Rentenpolitik und Pensionsvorsorge eingebunden werden kann, z. Bsp. indem Menschen über einen staatlichen Renten- und Pensionsfonds, Anteile an Genossenschaften und Wohnungsbaugesellschaften erwerben.

5. Stärkung der Vorsorge und des Eigenerwerbs durch Schaffung einer Eigenheimzulage

Für den Kauf der ersten eigengenutzten und grunderwerbsteuerpflichtigen Immobilie sollen Menschen in Schleswig-Holstein mit geringen und mittleren Einkommen eine Zulage zur Grunderwerbsteuer erhalten können, die eine maximale Höhe von 5000 Euro pro im Haushalt lebenden Familienmitglied beträgt. Um Flächenverbrauch zu vermeiden, soll in einem ersten Schritt vor allem der Kauf von älteren Bestandsimmobilien so gefördert werden.

6. Förderprogramme stärken, die sowohl Flächenversiegelung verringern und CO2 Ausstoß reduzieren

Um den Kauf von Bestandsimmobilien mit Sanierungsbedarf attraktiver zu machen, fordern wir den Bund auf, Programme wie “Jung kauft Alt” deutlich stärker auszubauen und für mehr Menschen attraktiv zu machen. Bei dem Programm erhalten junge Familien Fördermittel für den Kauf alter Häuser unter der Bedingung, diese zu sanieren. Die Höhe der vergünstigten Kredite muss den realen Immobilioenpreisen auch in teuren Lagen wie dem Hamburger Rand und den Großstädten gerecht werden. Zudem bitten wir die Bundestagsfraktion, das KFW Energieeffizienz-programm zur energetischen Sanierung noch einmal in den Blick zu nehmen deutlich attraktiver und bürokratieärmer zu gestalten.

- Bezahlbare Mieten.

- Um bezahlbare Mieten durchzusetzen wollen wir die Finanzialisierung im Wohnungsmarkt beenden. Neben der Schaffung von neuem Wohnraum, brauchen wir starke Instrumente um bezahlbare Mieten durchzusetzen. Instrumente wie die Mietpreisbremse wollen wir verschärfen. Für angespannte Wohnlagen fordern wir einen Mietenstopp. Wir wollen die Renditeausschüttung von Immobilienkonzernen an Aktionäre begrenzen und Sie verpflichten einen Großteil ihrer Gewinne in den Wohnungssektor zu reinvestieren. Kommunen, die gegen die Vermietung von privaten Wohnraum als Ferienwohnungen vorgehen wollen, werden wir dabei unterstützen. Wir werden Mieter*innen bei der Durchsetzung ihrer Rechte stärken und mehr Beratungsangebote schaffen. **Um Mieter*innen von hohen Energiekosten zu entlasten, wollen wir Vermietende stärker als Verantwortliche bei der Sanierung unterstützen und Kostenfallen für Vermietende und Mietende verhindern.**

Begründung

Wenn Menschen sich Wohnen nicht mehr leisten können, hat das Auswirkungen auf unsere Demokratie. Wenn ein mittleres Einkommen nicht mehr ausreicht, um eine Wohnung zu bezahlen, wenn junge Menschen keine Möglichkeit für den Schritt in die Unabhängigkeit sehen, wenn die energetische Sanierung im Eigenheim zur Schuldenfalle wird, steigt die Unzufriedenheit und die soziale Spaltung nimmt zu. Der Staat muss zunehmend subventionierend mit Transferleistungen wie z.B. Wohngeld eingreifen. Von hohen Wohnkosten profitieren vor allem Wohlhabende: Das treibt die Spaltung der Gesellschaft weiter voran. Um diese Situation zu verändern, müssen Wohnungen wieder in die Hand von gemeinnützigen Genossenschaften und Kommunen, die dem Gemeinwohl verpflichtet sind und Preisstabilität unbgerenzt sichern. Die Erträge aus dem kommunalen Wohnungsbau könnten möglicherweise auch in eine künftige Rentensicherung eingebunden werden.

Mit den genannten Maßnahmen wollen wir auch junge Familien stärken und ihnen den Kauf von Bestandsimmobilien ermöglichen, deren Sanierung ihre jetzigen Besitzer vielleicht überfordern würde. Mit verbesserten Förderprogrammen wollen wir die Sanierung von Altbauten fördern, um Flächenversiegelung und Zersiedelung vorzubeugen und den CO2 Ausstoß zu reduzieren.

Unterstützer*innen

Stephan Wisotzki (KV Lübeck), Mathias Schmitz (KV Pinneberg), Mayra Vriesema (KV Nordfriesland), Lukas Unger (KV Pinneberg), Bina Braun (KV Herzogtum Lauenburg), Carina Hennecke (KV Rendsburg-Eckernförde), Catharina Johanna Nies (KV Flensburg), Malte Ranis (KV Kiel), Gerd Weichelt (KV Dithmarschen), Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde), Lorenz Mayer (KV Segeberg), Susanne Lohmann (KV Stormarn), Oliver Brandt (KV Herzogtum Lauenburg), Philipp Schmagold (KV Plön), Frederic Meyer (KV Kiel), Hildegard Bedarff (KV Pinneberg), Karsten Bahnsen (KV Flensburg), Ocean Renner (KV Nordfriesland), Julia Marie Dinse (KV Pinneberg), Katrin Stange (KV Pinneberg), Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen), Mechthild Rosker (KV Herzogtum Lauenburg), Maike Grügelsiepe (KV Pinneberg), Martin Drees (KV Plön), Denise Kreissl (KV Segeberg), Astrid Griess (KV Pinneberg), Anke Thomsen (KV Pinneberg), Susanne Petersen (KV Kiel), Sascha Golditz (KV Pinneberg), Sebastian Rautert (KV Pinneberg), Vincent Schlotfeldt (KV Plön), Lukas Strathmann (KV Rendsburg-Eckernförde), Stefan Alexander Mauel (KV Stormarn), Uta Röpcke (KV Herzogtum Lauenburg), Jessica Leutert (KV Kiel), Renate Frie (KV Pinneberg), Sami Islam (KV Pinneberg), Yann Aretin Eggert (KV Pinneberg), Melissa Sieber (KV Schleswig-Flensburg), Tobias Lentz (KV Flensburg), Kerstin Hanert-Möller (KV Dithmarschen), Merlin Michaelis (KV Kiel), Angela Tsagkalidis (KV Stormarn), Christoph Fischer (KV Segeberg), Ben Lüdke (KV Steinburg), Birgit Asmus-Mrozek (KV Steinburg), Scarlett Schmit (KV Steinburg), Kai Hergert (KV Herzogtum Lauenburg), Oliver Lorentzen (KV Pinneberg), Max Hansen (KV Herzogtum

Lauenburg), Wiebke Garling-Witt (KV Stormarn), Sarah Mück (KV Lübeck), Sina Clorius (KV Schleswig-Flensburg), Conny Clausen (KV Flensburg), Ansgar Makurat (KV Schleswig-Flensburg), Kirsten Schaltenberg (KV Schleswig-Flensburg), Leonie Fischer (KV Pinneberg), Peer Lessing (KV Pinneberg)